

America First? – Ursachen und Zukunft der Decoupling Strategie

**Claudia Franziska Brühwiler, Privatdozentin für Amerika-Studien,
Universität St.Gallen (HSG)**

Management Summary

Bei seiner Antrittsrede vom 20. Januar 2017 betonte Präsident Donald J. Trump noch einmal, dass es ihm mit seinem Wahlslogan ernst war: Ab diesem Moment gelte «America First», Amerika zuerst – sei dies in Steuerbelangen, in der Migrations- oder eben auch in der Handelspolitik. «America First» in der Handelspolitik war ein Bruch mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Republikaner, die auch von Demokraten wie Präsident Bill Clinton vertreten wurde. Freihandel mit Staaten wie China, so Trumps damaliger Berater Steve Bannon, sei eine radikale Idee. Entsprechend schwenkte die Administration Trump auf einen konfrontativen Kurs ein und propagierte die Idee eines Decoupling vom chinesischen Wirtschaftsraum.

Wer glaubte, mit der Wahl von Joseph R. Biden käme es zu einem «Reset» der sino-amerikanischen Beziehungen, wurde schnell eines Besseren belehrt. In einem Bericht zu resilienten Lieferketten kritisiert seine Regierung die jahrzehntelange Wirtschaftspolitik der USA, in deren Rahmen sowohl Staat als auch Privatwirtschaft Effizienz und geringe Kosten über Sicherheit, Nachhaltigkeit und Resilienz gestellt hatten. Zwar soll die über den Sommer 2021 auszuarbeitende Chinastrategie nicht allein auf Konfrontation («confrontation»), sondern auch auf zwei weitere Cs gesetzt werden, namentlich «collaboration», Zusammenarbeit, und «competition», Wettbewerb. Es droht indessen nicht eine einfache Fortführung der «America First»-Strategie. Vielmehr speist sich Bidens Aussen- und Wirtschaftspolitik aus einer idealistischen Tradition, die einerseits liberal-demokratische Werte auch in den internationalen Beziehungen ins Zentrum stellt, andererseits die Ausnahmerolle der USA, einen «American Exceptionalism» betont.